

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Ja zur Steuervorlage

Am 19. Mai wurde die «AHV-Steuervorlage» mit 66 Prozent JA-Stimmen angenommen. Die Kantone sind nun verpflichtet, die neuen Bundesvorgaben in kantonales Recht umzusetzen. Der Kanton Zürich tut dies mit der «Steuervorlage 17». Am 1. September stimmen wir darüber ab.

Die Steuervorlage 17 verfolgt folgende Ziele: Der Kanton Zürich soll auch in Zukunft ein attraktiver Standort für kleine, mittlere und grosse Unternehmen bleiben. Die kurzfristigen Mindereinnahmen aufgrund der dynamischen Effekte sollen mit den neuen Steuerinstrumenten auf ein moderates Mass gesenkt werden. Die Städte, Gemeinden und Kirchen sollen an den Mehreinnahmen durch die Erhöhung des Kantonsanteils an der Bundessteuer beteiligt werden.

Das Hauptziel der Vorlage ist, dass mit einer wettbewerbsfähigen Unternehmensbesteuerung der Wirtschaftsstandort Zürich attraktiv bleiben soll: Arbeitsplätze sollen im Kanton Zürich gehalten und Steuererträge längerfristig gesichert werden.

Ohne diese Änderungen wären infolge von möglichen Wegzügen von Unternehmen spürbare Ausfälle bei den Steuererträgen zu erwarten. Steuerprivilegien für überwiegend im Ausland tätige Konzerne werden hiermit abgeschafft. Im Gegenzug stehen künftig allen Unternehmen neue Steuerabzüge für Forschung und Entwicklung, Patentverwertung und Eigenfinanzierung offen. Eine moderate Senkung der Gewinnsteuer ergänzt diese gezielt wirkenden Abzüge.

Weiter sorgt der Kanton dafür, dass die Gemeinden und Städte zusätzliche Mittel erhalten, unter anderem für die Finanzierung der Zusatzleistungen zur AHV/IV. Firmen, die in Forschung und Entwicklung investieren, können einen zusätzlichen Teil dieser Kosten vom steuerbaren Gewinn abziehen. Damit wird der Forschungsplatz Zürich gestärkt. Die Unternehmenssteuern werden von 8 auf 7 Prozent gesenkt. Diese moderate Senkung kommt insbesondere den KMU zugute.

Trotz dieser Gewinnsteuersenkung wird der Kanton Zürich zu den Kantonen mit der höchsten Steuerbelastung für Unternehmen gehören. Es sind weder Steuererhöhungen für natürliche Personen noch Abbaupläne für den Service Public vorgesehen. Die kurzfristigen Mindereinnahmen sollten für die Städte, Gemeinden und den Kanton tragbar sein. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden konnte der Kanton Zürich somit eine Lösung finden, die den Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze nachhaltig sichert und zugleich finanziell gut verkraftbar ist. Die meisten Parteien und Verbände befürworten die Steuervorlage 17. Die Vorlage ist ein tragbarer Kompromiss. Ein Ja am 1. September macht sicherlich Sinn!

SO ENTSTEHT EIN LINKSRUTSCH

Was die Linken wirklich hassen

«Kapitalismus überwinden!», schreit die radikalisierte SP seit Jahren. Auch die Kartellmedien versuchen, eine Entscheidungsschlacht zwischen Sozialismus und Kapitalismus heraufzubeschwören. In dieser Logik kommt von links eine soziale Bewegung und von rechts ein Kapitalismus-Raubtier, das gezähmt oder getötet werden muss. Sozial gegen Kapital. Gut gegen Böse. So lautet die Propaganda der Kartellmedien.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Kreis 9, Zürich

Doch es sind die Linken, die dauernd nach fremdem Kapital greifen. Sie nehmen haufenweise staatliche Fördergelder, Integrationsgelder, Kulturgelder und dergleichen. Die Linken sind heute keine Arbeiter mehr, sondern gutverdienende Staatsangestellte. Oder sie hängen in den staatsnahen Kultur- und Sozialbereichen herum. Und sie verlangen immer höhere Unterstützungsbeiträge. Es ist also keinesfalls das Kapital, das die Linken hassen.

Es steht viel auf dem Spiel

Was die Linken wirklich hassen, ist die Freiheit. Ihnen geht es nicht um die Überwindung des Kapitalismus, sondern um die Überwindung unserer bürgerlichen Freiheit. Denn das Gegenteil von links ist nicht kapitalistisch. Das Gegenteil von links ist «frei». Dieser Begriff

mag abstrakt erscheinen. Doch es ist die Freiheit, die die Menschen glücklich macht und Lebensqualität schafft. Es ist die Freiheit, die Wohlstand und unsere direkte Demokratie ermöglicht. Das sind keine abstrakten Errungenschaften. Sie alle stehen aber auf dem Spiel.

Wehret den Anfängen

Denn die Linken wollen ausnahmslos jeden Lebensbereich staatlich kontrollieren. Im tiefroten Berlin drohen Wohneigentümern flächendeckend Enteignungen. Auch im Zürcher Stadtparlament schallen solche giftigen Forderungen durch den Ratssaal. Was droht uns danach?

Überspitzt formuliert: Heute die Enteignungen, morgen die Straflager für Unbeugsame. So lehrt es uns die reale sozialistische Geschichte.

Die Rufe nach einem «Systemwechsel», also einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, werden lauter. Wollen wir einen solchen Linksrutsch zulassen? Oder wollen wir frei und sicher bleiben? Die Antwort kommt am 20. Oktober. Dann finden die Nationalratswahlen statt.

UNBEWILLIGTE VELODEMO IN ZÜRICH

Fehlende Gleichbehandlung im öffentlichen Raum

Mit Bedauern nimmt die SVP der Stadt Zürich zur Kenntnis, dass die neue Polizeivorsteherin Karin Rykart den gleichen Weg einschlägt wie ihr Vorgänger Richard Wolff.

Als der ehemalige Polizeivorsteher Wolff die Hausbesetzerzone in einem Übermass gewähren liess, rief dies in weiten Kreisen Widerstand hervor, insbesondere auch wegen seiner familiären Nähe zur Szene. Wer von der Grünen Karin Rykart, seiner Nachfolgerin, eine unvoreingenommene Amtsausübung erhoffte, wurde schon bald enttäuscht.

Hofieren von Linksaktivisten

Vor zwei Monaten besetzten Linksaktivisten den Pfingstweidpark mit der Forderung nach einem offenen Asylzentrum und einer weniger restriktiven Asylpolitik. Obschon zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen und die Anwesenheit bis spät in die Morgenstunden gestört wurde, duldet die Polizei die Aktion.

Angekündigt ist nun eine weitere unbewilligte (!) Velodemonstration namens «Critical Mass», die bereits mehrmals den Verkehr in der Stadt Zürich lahmgelegt und Blaulichtfahrzeuge im Einsatz behindert hat. In einem freund-

lichen Schreiben an die Organisatoren bekundet das Sicherheitsdepartement grosse Sympathien für deren Anliegen, denn man wolle ja «am gleichen Strick ziehen», was nicht weiter erstaunt, sind doch die politischen Forderungen der «Critical Mass» deckungsgleich mit denen der Sicherheitsvorsteherin (vgl. Website von Karin Rykart). Die Veranstalter werden lediglich darum gebeten, die Verkehrsregeln einzuhalten sowie Krankenautos die Durchfahrt zu gewähren. Unbewilligte Demonstrationen von Gruppierungen, die der Stadträtin ideologisch nahehesten, werden nicht nur geduldet, sondern gar ermuntert, während Aktivisten mit einer abweichenden politischen Gesinnung knallhart auf den Rechtsweg verwiesen werden.

Die SVP fordert die Gleichbehandlung aller Veranstalter. Deshalb ist für alle Demonstrationen unabhängig von deren politischen Botschaft eine ordentliche Bewilligung einzuholen.

Gemeinderat Roger Bartholdi,
Fraktionschef SVP Stadt Zürich

Tweet der Woche



René Truninger
@ReneTruninger

Für #Sozialhilfebetreuer ist ein obligatorischer #Landesverweis vorgeschrieben, aber Richterin Yvonne Mauz (SP) "übergeht" die #Verfassung, indem Sie die missbräuchlich Sozialhilfebeziehende aus Illnau-Effretikon als Härtefall einstuft! #GutIntegriert?



Sozialhilfebetreuerin entgeht dank guter Integration einer Landesverweisung zuerlost.ch

Sozialhilfebetreuerin entgeht einer Landesverweisung

Die verurteilte Sozialhilfebetreuerin italienischer Herkunft bezieht seit Januar 2015 Sozialhilfe in Illnau-Effretikon.
Die Frau stellte zweimal einen Antrag auf Weiterführung der Sozialleistungen und hat dabei die Sozialbehörde angelogen, indem sie wiederholt schriftlich bestätigte, weder arbeitsfähig noch arbeitsfähig zu sein.

Obwohl das Gesetz für Sozialhilfebetreuer eine obligatorische Landesverweisung vorschreibt, «übergeht» die Bezirksrichterin Yvonne Mauz (SP) die Verfassung, indem sie die verurteilte Sozialhilfebetreuerin aus Illnau-Effretikon als Härtefall bezeichnet.

Als Begründung führt die SP-Richterin aus, dass die Frau mit ihrer Tochter zu ihrem Heimatland «keinerlei Beziehung» haben würde und

es fatal wäre, die beiden aus der Schweiz «herauszureissen». Dabei lässt sie ausser Acht, dass Millionen von Menschen mit ihren Familien in fremde Länder auswandern und sich in einer ungewohnten Umgebung neu orientieren müssen.
Erwähnenswert ist noch, dass man mit den Namen der Richterin zuerst nicht bekanntgeben wollte.

Aber Bezirksrichter sind wie Politiker von der Bevölkerung gewählte Personen. Daher müssen bei öffentlichen Gerichtsverfahren auch die Namen der Richter genannt werden dürfen.

Wie sonst soll eine Kontrolle stattfinden, wenn die zu Kontrollierenden sich – ohne entsprechende Grundlage – hinter der Anonymität verstecken?

Schon Johann Wolfgang von Goethe sagte: «Ein Richter, der nicht strafen kann, gesellt sich endlich zum Verbrecher.»

4. Grillplausch mit der SVP Zumikon

Die SVP Zumikon lädt Sie zum politischen Grillplausch ein. Würst, Brot und Getränke sind offeriert! Als Gastredner dürfen wir dieses Mal Prof. Dr. Christoph Mörgeli, Zürcher SVP alt-Nationalrat, begrüßen, der zum Thema "Der Weg der Schweiz in Europa" sprechen wird.



"Strubenwies"
Feuerstelle oberhalb des Golfplatzes Weid 9, 8126 Zumikon



Samstag 24. August 2019 ab 11:00 Uhr
Achtung: nur bei gutem Wetter!



Anmeldung bis spätestens Montag 19. August an: gerard.olivary@bluewin.ch.

Wahlauftakt für die Nationalratswahlen Jetzt geht's los!

Alle sind eingeladen!

- 22. August 2019, 19.00 – 22.00 Uhr im Zeughausareal Uster (Bestandadresse: 10, 8610 Uster/Parkplatz vorhanden)
- Marco Gottardi & The Silver Dollar Band
- mit Roger Köppel, Natalie Rickli, Albert Rösti, Patrick Walder
- und den Nationalratskandidaten der SVP
- gratis Apéro (ab 18.15 Uhr, bis ca. 19.00 Uhr)
- Street-Food-Festival (mehrere Verpflegungsgaststände ab 18.00 Uhr)

Oskar Freysinger: Moderation, Politik und Gesang

Und in den Ständerat: Roger Köppel

www.svp-zuerich.ch

Liste 1 SVP

